

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Frankfurt/Main

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik ist in den letzten Monaten durch eine Stagnation der Produktionstätigkeit auf krisenhaft gedrücktem Niveau geprägt gewesen. Produktion und Aufträge der Industrie liegen auf bzw. knapp unter Vorjahresniveau. Allerdings geht der Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten weiter zurück, er lag im September bei etwa 78 Prozent.

Günstig hat sich bis zuletzt nur der Export entwickelt. Der Überschuß in der Handelsbilanz ist schon nach drei Vierteljahren deutlich höher als im ganzen Vorjahr. Während die Aufträge aus dem Inland zurückgehen und zur Zeit um real vier Prozent unter Vorjahresniveau liegen, sind die Auslandsbestellungen real 11 Prozent höher. Allerdings hat sich die Expansion der Auslandsnachfrage in den letzten Monaten nicht weiter fortgesetzt. Daher ist zu erwarten, daß die expansive Kraft des Exports in den nächsten Monaten nachlassen wird, ohne daß allerdings ein Exporteinbruch zu befürchten wäre.

Vor allem die Entwicklung des DM-Wechselkurses läßt eine Fortsetzung des BRD-Exportbooms unwahrscheinlich erscheinen. Denn die bis zum August 1981 erfolgte Abwertung der DM gegenüber dem Dollar hatte die westdeutschen Waren für alle in Dollar rechnenden ausländischen Importeure verbilligt und so wesentlich den Auftragsstoß ausgelöst. Nun hat sich die Entwicklungsrichtung im Sommer erneut umgekehrt, der Dollarkurs ist gegenüber der DM wieder deutlich zurückgefallen. Zudem wurde die DM auch im Rahmen des durch feste Wechselkurse bestimmten Europäischen Währungssystems (EWS) aufgewertet, was die Exportchancen der BRD-Wirtschaft in diesem Raum tendenziell schwächt.

Auch die Weltwirtschaftslage bietet keinen Spielraum für eine Exportoffensive: Der Welthandel geht leicht zurück, die westeuropäischen Länder verharren in einer zyklischen Wirtschaftskrise. Die Belebung in den USA hat sich nicht fortgesetzt, nach einem knapp einjährigen Wirtschaftsaufschwung ist das größte kapitalistische Land in eine neue Rezession abgeglitten.

In diesem Zusammenhang ist die Tatsache bedeutsam, daß der vor allem wechselkursbedingte Exportboom der BRD keine Impulse auf die Gesamtkonjunktur und auf

die inländische Nachfrage mit sich gebracht hat. Die Inlandskonjunktur ist weiter rückläufig geblieben. Erneut hat sich gezeigt, daß eine forcierte Außenexpansion nicht geeignet ist, die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt positiv zu gestalten.

Bestimmend für den Konjunkturverlauf ist der private Verbrauch geblieben. Er ist trotz der günstigen Exportsituation weiter zurückgegangen. Der Preisanstieg hat sich bis zuletzt – trotz sinkendem Dollarkurs und rückläufiger Rohstoffpreise – weiter beschleunigt, in einzelnen Bundesländern wurde im Oktober die Marke von sieben Prozent überschritten. Die verschiedenen Prognosen, die mit einer baldigen Preisberuhigung rechnen, müssen durchweg als zweckoptimistisch bezeichnet werden: Sie sollen den Gewerkschaften niedrige Tarifabschlüsse schmackhaft machen. Schon im letzten Jahr hatte man mit unrealistischen Prognosen versucht, die Tarifbewegung zu beeinflussen: Damals waren die offiziellen Prognosen von „einer Drei vor dem Komma“ der Inflationsrate am Jahresende 1981 ausgegangen.

Tatsächlich dürfte die Preisentwicklung des kommenden Jahres von den massiven staatlich administrierten Gebührenerhöhungen bestimmt werden. Allein die in der ersten Jahreshälfte 1982 einsetzenden Verbrauchssteuererhöhungen und die Erhöhung der Postgebühren wird den Preisindex mit 0,6 Prozent belasten. Hinzu kommt, daß die Nahrungsmittelpreise, die in den letzten Jahren nur langsam angestiegen waren, nun kräftig heraufgesetzt werden. Damit fällt eines der bisher relativ stabilisierenden Momente weg.

Nachdem die niedrigen Tarifabschlüsse und die beschleunigte Preisentwicklung 1981 zu einem deutlichen Rückgang der Reallöhne um etwa zwei Prozent geführt haben, wird von Bundesregierung und Unternehmern für 1982 wiederum ein Tarifabschluß unter der Inflationsrate angestrebt. Dabei ist zu beachten, daß die erneut verschärzte Lohnsteuerprogression und die Erhöhung der Sozialabgaben eine Vorbelaufung der Löhne und Gehälter in der Größenordnung von 1,5 Prozent darstellen. Eine Stabilisierung der Massenkaufkraft ist aber nur zu erwarten, wenn sich der Rückgang der Reallöhne nicht weiter fortsetzt. Dies würde effektiv wirksame Lohnerhöhungen in der Größenordnung von acht Prozent erfordern – legt man die aktuelle In-

Nr. 4/1981 – Dezember

lationsrate zugrunde. Eine weitere Aushöhlung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter im Verlauf des kommenden Jahres würde die private Nachfrage drücken und damit einer wirtschaftlichen Belebung im kommenden Jahr entgegenstehen.

Ein Andauern der Krise auch im kommenden Jahr würde aber sämtliche Proportionen in den öffentlichen Haushalten und insbesondere auf dem Arbeitsmarkt zerstören. Schon jetzt entwickelt sich die Beschäftigungslage katastrophal. Die registrierten Arbeitslosenzahlen steuern auf die 2-Millionen-Marke zu, die monatlich veröffentlichten Arbeitsmarktziffern zwingen jedesmal zu neuen negativen Korrekturen der Prognosen. Nun wird offiziell schon für das kommende Jahr mit durchschnittlich 1,6 Millionen Arbeitslosen gerechnet, wozu noch fast eine Million Nichtbeschäftigte der „stillen Reserve“ zu zählen sind.

Es bleibt festzuhalten, daß die Bundesrepublik für die achtziger Jahre mit einer Dauerarbeitslosigkeit von mindestens zwei Millionen registrierter Arbeitsloser rechnen muß – wenn es nicht gelingt, durch gewerkschaftlichen Druck wirksame beschäftigungspolitische Maßnahmen – darunter Arbeitszeitverkürzungen und Stellenausweitungen – durchzusetzen.

INHALT:

- 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung**
 - 1.1 Sozialprodukt
 - 1.2 Produktion
 - 1.3 Geld- und Kapitalmarkt
 - 1.4 Investitionen
 - 1.5 Außenwirtschaft
- 2 Unternehmergevinne und Konzentration**
 - 2.1 Unternehmergevinne
 - 2.2 Konzentration
- 3 Lage der Arbeiterklasse**
 - 3.1 Löhne und Gehälter
 - 3.2 Steuern
 - 3.3 Sozialabbau
 - 3.4 Preise
 - 3.5 Tarifaktionen
 - 3.6 Arbeitsmarkt

1.1 Sozialprodukt

Das Sozialprodukt als Maßstab des wirtschaftlichen Wachstums ist im Jahre 1981 deutlich zurückgegangen, nachdem es schon im zweiten Halbjahr 1980 nur noch stagniert hatte.

Bruttosozialprodukt

	Mrd. DM	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr nominal	real
1980	1492	+6,7	+1,8
1. Hj.	712	+8,1	+3,6
2. Hj.	780	+5,5	+0,2
1981 ¹	1545	+3,5	-1,0
1. Hj.	733	+3,0	-1,3
2. Hj. ¹	812	+4,0	-0,5

1 Prognose des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/81, S. 621; DIW-Wochenbericht 43-44/81, S. 506)

Für 1982 wird ab Jahresmitte wieder mit einer Belebung gerechnet, das BSP soll demnach 1982 wieder um real 1 Prozent zunehmen. Was von solchen Prognosen zu halten ist, zeigt ein Blick auf die entsprechenden Vorhersagen vom Herbst vergangenen Jahres. Das letzte „Herbstgutachten“ von 1980 hatte für 1981 noch mit Stagnation gerechnet, Bundeswirtschaftsministerium und Sachverständigenrat („Die fünf Weisen“) waren sogar noch von einem realen Wachstum um 0,5 Prozent ausgegangen. Noch deutlicher wurde bei den anderen „Eckdaten“ der wirtschaftlichen Entwicklung danebengetippt: Nach Bundesregierung und „Herbstgutachten“ sollte die Inflationsrate zwischen 3,5 und 4 Prozent liegen, die Arbeitslosenzahl wurde bei 1,1 Millionen vermutet. Tatsächlich ist inzwischen mit einem Verbraucherpreisanstieg um mehr als 6 Prozent zu rechnen, und die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist auf 1,3 Millionen angestiegen. Wurde noch im Herbst 1980 mit einem Wirtschaftsaufschwung zur Jahresmitte 1981 gerechnet, so wurde dieser Zeitpunkt nun um ein Jahr verschoben – wobei die realen Grundlagen für diese Erwartung gegenwärtig ähnlich ungewiß sind wie im vergangenen Jahr. Alles in allem hat sich erneut gezeigt, daß die technisch sehr hoch entwickelte Konjunkturprognose auch heute nicht in der Lage ist, einigermaßen begründete und quantitativ ausdrückbare kurzfristige Vorausschauen zu erstellen. Diese Tatsache entzieht aber auch allen Wirtschaftsplänen sowohl der Regierungen als auch der Konzerne den Boden: Selbst einjährige Investitions- oder Haushaltspäne müssen auf völlig ungesicherten wirtschaftlichen Grunddaten aufbauen, können also schon wenige Monate nach ihrer Aufstellung überholt sein.

1.2 Produktion

Der Produktionsindex im produzierenden Gewerbe ist in den letzten Monaten in saisonbereinigter Betrachtung nicht weiter zurückgegangen. Allerdings verhindern starke monatliche Schwankungen nach wie vor die Ermittlung eines eindeutigen Entwicklungstrends. Vorherrschend scheint eine Stagnation auf niedrigem Niveau zu sein. Der Vorjahresstand wird nur noch leicht unterschritten.

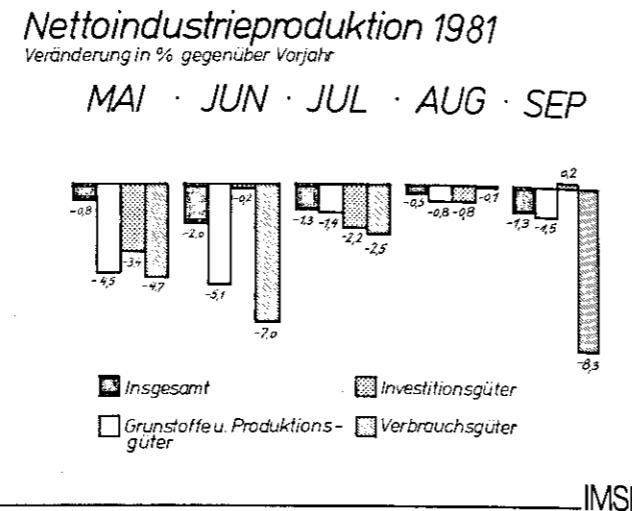
Nettoproduktion des produzierendes Gewerbes¹

	Mai	Juni	Juli	August	September
Insgesamt	-0,8	-2,0	-1,3	-0,8	-1,3
Grundstoffe und					
Produktionsgüter	-4,5	-5,1	-1,4	-0,1	-1,5
Investitionsgüter	+3,4	-0,2	-2,2	+0,1	+0,2
Verbrauchsgüter	-4,7	-7,0	-2,5	-5,3	-8,3

1 1980/81 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Dies deutet jedoch keineswegs auf ein baldiges Ende der Krise hin. Vielmehr wird allgemein erwartet, daß mit Abschwächung der expansiven Impulse aus dem Export ein weiterer Produktionsrückgang eintreten wird.

Die Produktionsentwicklung in den einzelnen Branchen spiegelt die im Jahresverlauf aufgetretene Kluft zwischen Inlands- und Auslandskon-



Auftragseingänge nach Herkunft¹

Inland	Verarbeiten- des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produk- tionsgüter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter
Mai	- 1,7	- 1,3	- 1,8	- 2,0
Juni	- 1,5	- 1,1	- 1,5	- 2,1
Juli	- 0,3	+ 4,3	- 3,4	+ 0,6
Aug.	- 1,6	+ 5,8	- 8,0	+ 2,5
Sept.	+ 1,4	+ 4,4	+ 2,0	- 3,1

Ausland	Verarbeiten- des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produk- tionsgüter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter
Mai	+ 1,2	+ 16,4	- 6,3	+ 7,9
Juni	+ 12,4	+ 13,2	+ 11,3	+ 17,1
Juli	+ 26,2	+ 26,6	+ 26,8	+ 20,3
Aug.	+ 37,7	+ 28,6	+ 43,8	+ 27,0
Sept.	+ 17,5	+ 18,7	+ 18,0	+ 11,2

1 Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

stahl erzeugt haben als im Vorjahr. Mit massiven Preiserhöhungen hoffen die Stahlkonzerne, ihre Profite erhöhen zu können: Die infolge des sinkenden Auslastungsgrades der Anlagen steigenden Kosten pro Tonne sollen durch höhere Preise aufgefangen werden. Diese absolut marktwirtschaftswidrige Praxis, gedeckt durch Bundesregierung und EG-Institutionen, ist inzwischen auf den Widerstand der stahlverbrauchenden Industriezweige gestoßen.

Günstiger ist die Situation bei der **chemischen Industrie**. Für 1981 wird hier ein leichtes Wachstum um 2 Prozent erwartet, bedingt durch die Exporte.

Weniger positiv sieht die Bilanz beim **Maschinenbau** aus, hier wird ein Produktionsrückgang um 3 Prozent befürchtet. Allerdings ist die Auftragslage dort vergleichsweise günstig, in den ersten 9 Monaten wurden real 3 Prozent mehr Aufträge verbucht als in der gleichen Vorjahreszeit. Während die Inlandsaufträge um 10 Prozent gesunken sind, haben die Auslandsaufträge um 14 Prozent zugenommen.

Die **Elektroindustrie** verzeichnet 1981 eine insgesamt gegenüber dem Vorjahr unveränderte Produktion. Dabei wird eine vor allem exportbedingte Zunahme der Aufträge bei den Investitionsgütern durch den Rückgang der Aufträge bei den Verbrauchsgütern aufgefangen.

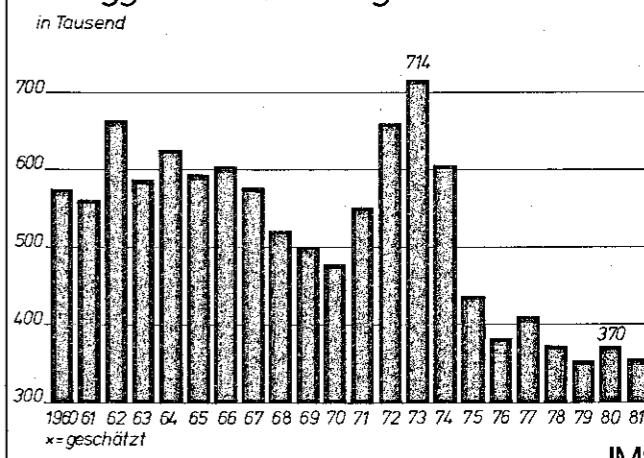
Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** leiden weiterhin unter dem Rückgang der Massenkaufkraft. Die Textilindustrie produziert 1981 etwa 6 Prozent weniger als in der gleichen Vorjahreszeit, auch beim Bekleidungsgewerbe ist ein Rückgang in ähnlicher Größenordnung zu erwarten.

Die Hoffnungen der **Automobilindustrie** auf eine deutliche Absatzbeliebung wurden bisher enttäuscht. Zwar hat sich der Rückgang bei der Pkw-Produktion nicht weiter fortgesetzt, dafür ist nun aber die Nutzkraftwagenproduktion rückläufig. Insgesamt wird 1981 mit einem um etwa 2 Prozent gedrückten Produktionsniveau gerechnet. Günstig auf Absatz und Produktion haben sich der verstärkte Export und der verminderte Import von Pkw ausgewirkt, eine Folge der Wechselkursverschiebungen. Da sich hier der Trend aber wieder umgekehrt hat, bleibt die Schwäche des Inlandsmarktes entscheidend.

Immer düsterer stellt sich die Lage der **Bauwirtschaft** dar. Für 1981 wird mit einem Rückgang des Bauvolumens um 5,5 Prozent gerechnet, der sich auch 1982 fortsetzen wird. Daran ist vor allem der öffentliche Bau beteiligt. Fast ebenso stark ist der Einbruch beim Wohnungsbau. In beiden Bereichen ist ein weiterer Rückgang durch die „Rotstiftpolitik“ der öffentlichen Hand vorprogrammiert. Rückläufig ist auch der gewerbliche Bau. Die Verflechtung konjunktureller, struktureller und wirtschaftspolitischer Krisenerscheinungen ist im Baubereich am deutlichsten.

Neben der Differenzierung zwischen Inlands- und Auslandskonjunktur ist eine deutliche Auseinanderentwicklung von Investitions- und Verbrauchsgüternachfrage zu beobachten. Zwar ist von der vielbeschworenen „Robustheit“ der Investitionstätigkeit wenig zu bemerken: Die Anlageinvestitionen gehen inzwischen deutlich zurück. Bemerkenswert ist jedoch, daß auch die private Nachfrage sinkt, ein in der Geschichte der Bundesrepublik bisher unbekannter Vorgang. Der Einzel-

Fertiggestellte Wohnungen in der BRD



handel hofft zwar noch auf das Weihnachtsgeschäft, doch selbst günstige Umsätze am Jahresende werden die realen Einbußen im bisherigen Jahresverlauf nicht ausgleichen können.

Einzelhandelsumsätze 1981¹

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
-6,6	-1,4	-2,9	-1,5	-3,7	-0,9	-3,4	-1,0

1 real, Veränderung in Prozent
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Da die Umsätze schon 1980 real nur noch um 0,3 Prozent gestiegen waren, wird im laufenden Jahr sogar das Ergebnis von 1979 unterschritten werden.

Das „Herbstgutachten“ erwartet für das erste Halbjahr 1982 einen weiteren Rückgang des Konsums; erst im zweiten Halbjahr 1982 soll sich diese Tendenz umkehren. Dabei hofft man auf einen Rückgang der Sparquote. Dies ist aber angesichts wachsender Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt und verschlechterter Einkommenserwartungen mehr als fraglich: Wahrscheinlicher ist, daß die Arbeiter und Angestellten die Anschaffung langlebiger Konsumgüter weiter zurückstellen bzw. billigere Modelle kaufen werden. Auch beim laufenden Verbrauch, bei Lebensmitteln, Textilien und auch bei Urlaubsreisen wird inzwischen gespart.

1.3 Geld- und Kapitalmarkt

Auf dem Kreditmarkt hat sich die Nachfrage in den ersten drei Quartalen dieses Jahres im Vergleich zu der Entwicklung im Vorjahr etwas beschleunigt; wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ hervorgeht, ist das jedoch ausschließlich auf die Kredite an öffentliche Haushalte zurückzuführen, die im dritten Vierteljahr um fast 13 Prozent gegenüber demselben Zeitraum 1980 angestiegen sind. Aus dieser Entwicklung der öffentlichen Kredite darf allerdings nicht die Schlüssefolgerung gezogen werden, daß es die öffentlichen Stellen sind, die durch eine überhöhte Nachfrage am Geld- und Kapitalmarkt die Zinsen in die Höhe treiben. In der Tat ist die Zunahme der öffentlichen Verschuldung aus inländischen Quellen im ersten Halbjahr 1981 (17,5 Milliarden DM) geringer gewesen als im ersten Halbjahr 1980 (19 Milliarden). Das beruht darauf, daß eine Umschichtung der öffentlichen Nachfrage von den Wertpapieren auf direkte Ausleihung der Kreditinstitute erfolgt ist, wie man aus der Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“ ersieht.

Die Zunahme der Nettoauslandsforderungen im 2. und 3. Quartal dieses Jahres ist ausschließlich den Kreditinstituten zu verdanken.

Die rapide Zunahme der Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten erscheint einleuchtend, da es in einer Phase steigender Zinssätze wenig attraktiv ist, Geld und Quasigeld (Geldvolumen M_3) zu horten; das zeigt sich auch an den schrumpfenden Zuwachsraten bei den Spareinlagen und Sparbriefen: Die Bankenkundschaft steigt auf besondere Zinse anlagen um, insbesondere Bankschuldverschreibungen.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

Grundstoffe und Produktions- güter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Insgesamt	(1)	(2)		
			(1)			(2)	
-0,7	-4,9	+ 4,3	-0,3	-3,7	-7,7	-0,3	-4,6
+3,0	-1,6	+ 3,4	-1,7	+3,4	-0,9	+0,9	-3,8
+7,9	+2,8	+11,2	+4,3	+7,7	+3,7	+3,3	-1,4
+9,8	+4,3	+12,6	+5,2	+9,6	+5,2	+5,8	+0,8
+6,4	+0,9	+ 8,7	+0,7	+8,1	+4,0	-0,9	-5,6

(1) Zu jeweiligen Preisen
(2) Preisbereinigt
1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorj

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1980 Dez. Milliarden DM	1981 Sept. Milliarden DM	1980 Jahr	1. Vj. Veränderungen in %	2. Vj.	1981 3. Vj.
Kredite an inländische Nichtbanken	1477,0	1560,0	9,3	10,0	9,5	10,1
- Unternehmen u. Private	1140,4	1196,3	9,7	10,3	9,4	9,3
- Öffentliche Haushalte	336,6	363,7	8,0	9,0	9,8	12,8
Netto-Auslandsforderungen	94,9	104,4	-9,7	-12,1	4,0	8,9
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	832,5	933,1	9,6	10,7	10,9	12,6
darunter:						
Spareinlagen und -briefe	283,7	278,4	6,0	4,9	3,4	2,5
Geldvolumen (M ₃)	739,4	731,3	6,2	5,7	7,0	6,9

¹ Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Ifo.)

Der Kapitalmarkt zeigt 1981 ein zwiespältiges Bild: Während bei den festverzinslichen Wertpapieren großes Kaufinteresse für die Neuemissionen und gedämpfte Tätigkeit auf dem Sekundärmarkt herrschte, war bei den Aktien eine umgekehrte Tendenz zu verzeichnen. Wie aus der Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“ hervorgeht, nahm der Nettoabsatz von Rentenwerten stark zu. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres übertraf der Absatz von inländischen festverzinslichen Wertpapieren den des ganzen Jahres 1980 um fast 13 Milliarden DM. Das war nicht das Resultat einer übermäßigen Kapitalnachfrage der öffentlichen Hand: Das Volumen der öffentlichen Wertpapiere (Anleihen der öffentlichen Hand und Kommunalobligationen) war in den ersten drei Quartalen d. J. um vier Milliarden niedriger als 1980. Ausschlaggebend für die Entwicklung am Rentenmarkt waren die „sonstigen Bankschuldverschreibungen“ (Pfandbriefe, Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten und übrige Bankschuldverschreibungen), deren Absatz sich 1981 fast verdoppelt hat.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	Jahr	1980 1. Hj.	1981 3. Vj.	1980 3. Vj.	1981 1. Hj.	1981 3. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	4934	8594	-4018	-1861	-2335	
Kommunalobligationen	24758	13305	4702	19542	10690	
Sonstige Bankschuldverschreibungen	16789	11688	2652	24649	7898	
Industrieobligationen	-1265	-648	-249	-550	-211	
Ausländische Rentenwerte	7338	4216	1067	2979	1100	
Absatz = Erwerb insgesamt darunter:	52556	37155	4154	44759	17142	
Kreditinstitute	17316	6488	3983	2264	7562	
Inländische Nichtbanken	33188	30631	-22	42053	9423	

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Ifo.)

Am Aktienmarkt war der Nettoabsatz von inländischen Dividendenwerten im Berichtszeitraum um 1,3 Milliarden niedriger als in demselben Zeitraum 1980; in diesem Jahr ist der Erwerb an inländischen Aktien zu 46 Prozent den Ausländern zuzuschreiben, gegenüber 12 Prozent im Jahre 1980.

Das große Interesse ausländischer Erwerber hat auch zu der regen Tätigkeit am Sekundärmarkt entscheidend beigetragen: Im Zeitraum Ja-

nuar-August übertrafen die Börsenumsätze an inländischen Aktien mit 22 Milliarden um mehr als 2 Milliarden das Volumen desselben Zeitraums 1980. Die Börsenumsätze am Sekundärmarkt für inländische Rentenwerte waren dagegen im Berichtszeitraum um knapp 9 Milliarden niedriger als 1980; die steigenden Zinsen für die Neuemissionen haben die „alten“ Papiere weniger attraktiv erscheinen lassen. Das hat sich auch negativ auf die Mittelbeschaffung der Investmentfonds ausgewirkt, da immer mehr Anleger von Investmentanteilen auf Direktanlagen umgestiegen sind. Schon 1980 kam es zu einem Nettoverkauf von Investmentzertifikaten in Höhe von 1,2 Milliarden DM; allein in den ersten drei Quartalen d. J. betrug er schon 2,3 Milliarden DM.

Zinsen und Renditen zeigen seit Mitte 1978 eine steigende Tendenz, die bis August d. J. andauerte. Bei den kurzfristigen Geldern war der vorläufige Höhepunkt bereits im März erreicht. Seither sind insbesondere die Sätze auf Dreimonatsgelder am Frankfurter Geldmarkt gesunken. Die Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand sind im September geringfügig zurückgegangen; diese Tendenz verstärkte sich aufgrund des Beschlusses der Bundesbank Anfang Oktober, den Sonderlombardsatz von 12 auf 11 Prozent zu senken, aber die Entwicklung der letzten Wochen läßt nicht deutlich erkennen, ob die Zinssenkung von Dauer sein wird.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrent-kredite ¹	Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand	Index der Aktienkurse ²
	in %	29. 12. 1972 = 100	
1979			
1. Vj.	6,25	6,7	111,3
2. Vj.	7,01	7,5	105,1
3. Vj.	8,10	7,6	104,5
4. Vj.	9,14	7,9	101,0
1980			
1. Vj.	10,04	8,7	99,7
2. Vj.	11,29	8,8	97,8
3. Vj.	11,53	7,9	101,5
4. Vj.	11,51	8,6	99,3
1981			
1. Vj.	12,24	9,8	98,2
2. Vj.	14,36	10,6	103,7
3. Vj.	14,58	11,1	105,3

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM

² Statistisches Bundesamt

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Ifo.)

Auf dem Aktienmarkt zeichnete sich ab März eine Aufwärtstendenz der Aktienkurse ab, nachdem sie seit Ende 1978 bis Februar fast kontinuierlich abgebrockelt waren. Die Aufwärtstendenz wurde im „Börsenreport“ der „Zeit“ folgendermaßen kommentiert: „Der Aktienindex der Commerzbank ist im ersten Halbjahr 1981 um etwas mehr als 8 Prozent gestiegen. Wenn nicht alles täuscht, stehen dem deutschen Aktienmarkt noch weitere erfreuliche Wochen bevor. Und dies trotz rückläufiger Konjunktur, steigender Arbeitslosenziffern, schwache Mark, hohe Zinsen und angesichts der wachsenden Sorgen über das unverantwortlich hohe Tempo der Staatsneuverschuldung“ („Die Zeit“, Nr. 28, 3. 7. 1981, S. 22).

Was für ein merkwürdiges Barometer der Wirtschaft – wie die bürgerlichen Apologeten die Aktienbörse zu nennen pflegen; obwohl die Entwicklung und die Perspektive der realen Wirtschaft ganz düster sind, schnellen die Aktienkurse empor!

Einige Monate später, als die Aufwärtstendenz zum Stillstand kam, gab derselbe Kommentator den hohen Zinsen die Schuld an der Senkung der Aktiennotierungen: „In den Kursen und in dem Attentismus der Käufer spiegelt sich die Enttäuschung darüber, daß noch keine Hoffnung auf eine rasche und nachhaltige Zinssenkung besteht“ („Die Zeit“, Nr. 41, 2. 10. 1981, S. 18). Im Frühjahr und Sommer kletterten die Aktienkurse trotz steigender Zinsen weiter in die Höhe; jetzt, da die Zinssätze nach unten tendieren, werden die hohen Zinsen für den Abwärtstrend der Aktienkurse verantwortlich gemacht; was die bürgerlichen Apologeten nicht einsehen wollen, ist, daß im gegenwärtigen staatssmonopolistischen Kapitalismus die Aktienbörse jegliche volkswirtschaftliche Funktion eingebüßt hat und zu einem Markt geworden ist, auf dem die kurzfristigen Auf- und Abbewegungen ganz unvorhersehbar sind.

1.4 Investitionen

Die Investitionstätigkeit hat sich im Krisenverlauf deutlich abgeschwächt. Dabei ist der Rückgang bei den Bauinvestitionen stärker gewesen als bei den Ausrüstungen (Maschinen, Anlagen usw.).

Investitionen der Gesamtwirtschaft¹

	1. Hj. 1980	2. Hj. 1980	1. Hj. 1981	2. Hj. 1981	1. Hj. 1982	2. Hj. 1982
Anlageinvestitionen	+ 7,5	+ 0,6	- 2,6	- 5,0	- 5,5	- 2,0
darunter:						
Ausrüstungen	+ 4,2	+ 1,8	- 1,0	- 4,5	- 4,5	+ 0,5
Bauten	+ 10,1	- 0,2	- 3,8	- 5,0	- 6,5	- 3,5

¹ Veränderung in Prozent ² Prognose des „Herbstgutachtens“
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/81, S. 627; DIW-Wochenbericht, 43-44/81, S. 506)

Begründet wird dieser Investitionsrückgang – der im Widerspruch zu der am Anfang der Krise verkündeten „robusten Investitionsneigung“ steht – wie üblich mit der verschlechterten Ertragslage. Dem widerspricht die Feststellung der Bundesbank, daß die Selbstfinanzierungsquote, d. h. der Anteil der eigenen Mittel der Unternehmen an der Finanzierung der Investitionen, in der zweiten Hälfte der 70er Jahre und auch noch jetzt deutlich höher liegt als in den 60ern.

Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen¹

1960/69	1970	1971	1972	1973	1974	1975
77	68,1	67,6	71,5	71,1	75,4	88,7
1976	1977	1978	1979	1980	1. Hj. 1981	
85,3	86,1	97,7	85,1	77,9	80,4	

¹ Ohne Wohnungswirtschaft, in Prozent
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Ergebnisse der Finanzierungsrechnung 1970 bis 1980)

Im ersten Halbjahr 1980 war die Selbstfinanzierungsquote mit 81,5 Prozent nur wenig höher als ein Jahr später. Bemerkenswert ist auch, daß die Investitionen der Unternehmen zwar abgenommen haben, gleichzeitig von den Unternehmen aber höhere Privatentnahmen getätigt wurden.

Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen¹

	1. Hj. 1980	1. Hj. 1981
Bruttoinvestitionen ²	102,1	95,3
Privatentnahmen	82,2	83,6
Kreditaufnahme ³	34,0	46,2
Geldvermögensbildung	15,1	27,6

¹ Mrd. DM, Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft

² Einschließlich Lagerbildung

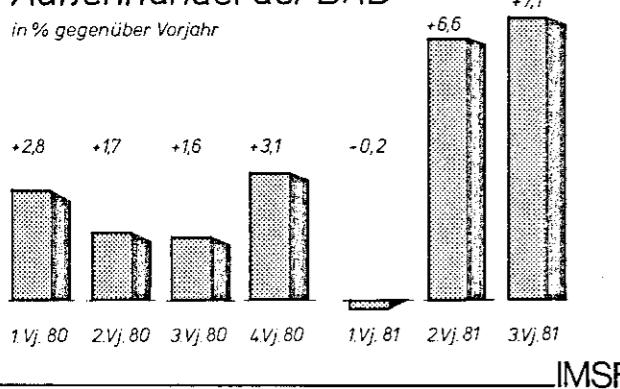
³ Einschließlich Aktienemission

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/81, S. 20)

Zudem fällt auf, daß die Unternehmen sich 1981 mit 12,2 Milliarden stärker verschuldeten bzw. durch Aktienausgabe neue Mittel beschafften. Gleichzeitig waren sie aber auch in der Lage, ihre Geldanlagen um 12,5 Milliarden DM zu erweitern. Die Bundesbank führt dazu aus: „Dieser „Spreizeffekt“ beruhte in der Hauptsache vermutlich auf der für solche Phasen typischen stärkeren Differenzierung der Ertrags- und Finanzierungsverhältnisse im Unternehmensbereich“ (ebd., S. 21). Damit widerlegt die Bundesbank ihre eigene Behauptung, die versch

Außenhandel der BRD

in % gegenüber Vorjahr



IMSF

ten. Infolgedessen vermindert sich das Defizit der Leistungsbilanz, für 1981 wird ein Rückgang von 29 auf 25 Milliarden DM erwartet.

Erkauft wurde der Exportboom mit einer deutlichen Verschlechterung der Austauschverhältnisse im Außenhandel, die „Terms of Trade“ der BRD sind bis zur Jahresmitte gesunken.

Terms of Trade¹

1977	1978	1979	1980	August 1981
99,1	102,7	96,4	90,2	81,3

¹ Index 1976 = 100
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Im August 1981 mußte die BRD also real etwa ein Fünftel mehr exportieren, um die gleiche Importmenge wie 1978 bezahlen zu können. Allerdings dürfte sich das Austauschverhältnis seither wieder etwas verbessert haben.

Hauptursache des kleinen Exportbooms und der Verschlechterung der Terms of Trade waren die Wechselkursverschiebungen, vor allem der rapide Kursanstieg des Dollar. Dadurch verteuerten sich die Importe der BRD aus den USA, vor allem aber die in Dollar verrechneten Rohstoffimporte. Andererseits wurden BRD-Waren für US-Importeure, aber auch für andere in Dollar kalkulierende Einfuhrländer billiger.

Im August trat auf den Währungsmärkten aber wiederum eine grundlegende Veränderung in der Richtung der spekulativen Geldströme ein. Der Dollar, der am 10. August mit 2,57 DM seinen Höhepunkt erreicht hatte, fiel seither gegenüber der DM in mehreren Stufen zurück und kostete am 10. November nur noch 2,20 DM. Er war damit allerdings immer noch wesentlich teurer als im Januar 1980, damals kostete er nur 1,72 DM. Für den erneuten Richtungswechsel des Dollarkurses werden verschiedene Begründungen angeführt, die sich im Kern auf das „Vertrauen“ in die Politik der USA reduzieren lassen. Demnach erklärt sich der Anstieg des Dollarkurses mit der Hoffnung der Spekulanten, die nach außen aggressive und nach innen autoritäre Politik von Reagan werde der USA und damit dem Dollar rasch wieder die eindeutige Führungsrolle in der kapitalistischen Welt verschaffen. Der Umschwung im Sommer dieses Jahres wäre danach auf die Tatsache zurückzuführen, daß die US-Strategie im außenpolitischen Bereich auf gewisse Grenzen gestoßen ist, die insbesondere mit der erstarkenden Friedensbewegung zusammenhängen: Verschiedene NATO-Länder rücken deutlich von der US-Rüstungsstrategie ab. Noch wichtiger für die Entwicklung des Dollar-Kurses ist das offensichtliche Scheitern der Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration. Das Haushaltssdefizit, das 1984 ursprünglich ganz verschwunden sein sollte, wird nach neuen offiziellen Prognosen weiter anwachsen und 1984 auf 140 Milliarden Dollar angestiegen sein. Entgegen den Absichtserklärungen werden einige Verbrauchssteuern erhöht. Außerdem ist die US-Konjunktur in eine neue Rezession abgerutscht, so daß es immer schwerer fällt, die krisenfördernde Austeritätspolitik durchzusetzen. Doch nicht nur gegenüber dem Dollar, auch gegenüber verschiedenen westeuropäischen Währungen, die im Europäischen Währungssystem (EWS) aneinandergekoppelt sind, wurde die DM im Oktober aufgewertet. Gegenüber den EWS-Währungen erfolgte eine Aufwertung um 5,5 Pro-

zent, während der französische Franc zusätzlich um 3 Prozent abgewertet wurde.

Vor allem die erneute Kursstärkung der DM dürfte eine Fortsetzung der Exportoffensive der letzten Monate erschweren. Hinzu kommt, daß der Welthandel real sinkt, sein Volumen wird 1981 voraussichtlich etwa ein Prozent niedriger sein als 1980. Die westeuropäischen Industrieländer, die Hauptabnehmer bundesdeutscher Produkte, befinden sich weiterhin im konjunkturellen Abwärtstrend. In den USA hat eine neue Rezession eingesetzt, nur Japan verzeichnet noch wirtschaftliche Zuwachsraten.

Die Expansionsaussichten für den westdeutschen Außenhandel sehen also wenig günstig aus. Zwar ist ein Exporteinbruch nicht zu befürchten, aber die positiven Impulse auf die Konjunktur dürften in den nächsten Monaten nachlassen.

2 Unternehmertgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmertgewinne

Die Gewinne der Unternehmer sind im Verlauf der Krise erwartungsgemäß zurückgegangen. Allerdings setzte der Gewinnrückgang relativ spät ein und verlief bis jetzt milde.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen¹

	1978		1979	
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Brutto	+ 6,8	+ 11,0	+ 12,2	+ 5,4
Netto	+ 9,1	+ 15,3	+ 15,7	+ 7,0
Zum Vergleich:				
Nettolohn- und Gehaltssumme	+ 6,2	+ 8,8	+ 7,4	+ 8,3
1980				
Brutto	+ 4,8	- 1,4	- 7,5	+ 0,5
Netto	+ 6,5	- 0,8	- 7,9	+ 1,5
Zum Vergleich:				
Nettolohn- und Gehaltssumme	+ 6,7	+ 6,1	+ 4,3	+ 3,0
1981				
Brutto	+ 4,8	- 1,4	- 7,5	+ 0,5
Netto	+ 6,5	- 0,8	- 7,9	+ 1,5
1982 ²				
1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj. ²	1. Hj.
				2. Hj.

¹ Veränderung in Prozent ² Prognose des „Herbstgutachtens“
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/81, S. 632; DIW-Wochenbericht, 43-44/81, S. 507)

Es wird deutlich, daß der krisenbedingte Rückfall der Unternehmertgewinne von einer – wie selbst die Bundesbank einräumt – „Phase relativ hoher Erträge“ (Monatsberichte 10/81, S. 18) aus erfolgte. Zudem soll er nach Schätzung des „Herbstgutachtens“ schon im zweiten Halbjahr 1981 beendet gewesen sein.

Nun läßt die Kategorie „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ bekanntlich nur sehr unsichere Rückschlüsse auf die Unternehmertgewinne im engeren Sinne zu. Ein gewisser Rückschluß auf die Gewinnentwicklung kann auch aus den Dividendenzahlungen gezogen werden. Nach einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes sank die Dividende von knapp 1500 untersuchten Aktiengesellschaften von 12,3 auf 11,2 Prozent (1979/80). Die Dividendensumme ging von 8,1 auf 7,8 Milliarden zurück, lag damit aber für 1980 immer noch über den Zahlungen für das Jahr 1978, als 7,6 Milliarden DM ausgeschüttet wurden.

Demnach hat der Gewinnrückgang sich also in engen Grenzen gehalten. Diese Feststellung wird auch durch verschiedene Gewinnabschätzungen erhärtet. Eine Schätzung der BHF-Bank, die sich auf die börsennotierten Aktiengesellschaften bezieht, rechnet für 1981 mit einem Rückgang der ausgewiesenen Gewinne um 5 Prozent. Auch die Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung (Degab) erwartet einen Gewinnrückgang um 5 Prozent, sieht aber „beim Vergleich mit früheren Re-

zessionsphasen eine verbesserte Fähigkeit zur Ertragserzielung in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld“ (Handelsblatt v. 10. September 1981). Zu beachten ist auch, daß die Gewinnentwicklung in den verschiedenen Branchen differenziert verlief. So konnten die meisten industriellen Wirtschaftszweige ihre Dividendensummen für 1980 erhöhen, nur der Straßen- und Luftfahrzeugbau mußte einen kräftigen Einbruch verzeichnen.

Praktisch unberührt von der Krise blieben die Erträge der Großbanken. Selbst die Commerzbank, die im letzten Jahr in Schwierigkeiten geraten war, hat sich wieder gefangen.

Gewinne der Großbanken¹

	Mill. DM	Veränderung in %
Deutsche Bank	814	+ 22,9
Dresdner Bank	212	+ 26,6
Commerzbank	140,4	+ 140,4

¹ Laufender Überschuß 1. Hj. 1981
(Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 12. 8. 81)

Die heftigen Klagen der Banken sind zum größten Teil unbegründet: Sie sind meist die Folge von Abschreibungen auf Wertpapierbestände, deren Kurs zurückgegangen ist.

Festzuhalten bleibt, daß der krisenbedingte Rückfall der durchschnittlichen Unternehmertgewinne kein Argument für eine Lohnzurückhaltung sein kann. Es handelt sich dabei allein um die Folge der Produktions- und Absatzrückgänge, also einer verschlechterten Kapazitätsauslastung, ein Ereignis, was kaum den Löhnen zugerechnet werden kann. Schon eine leichte Verbesserung der Absatzsituation soll – wie die Prognose des „Herbstgutachtens“ für 1982 zeigt – die Gewinne wieder rückartig ansteigen lassen.

Schließlich muß darauf verwiesen werden – wie bereits im Abschnitt über die Investitionen angesprochen –, daß es ausgeprägte Ertragsunterschiede zwischen großen und kleinen Unternehmen gibt. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür ist die Situation in der Bauwirtschaft. Während dort allgemein Produktions- und Auftragsrückgänge das Bild bestimmen und zwischen Januar und August 1981 etwa 700 Bauunternehmen Konkurs anmelden mußten (50 Prozent mehr als im Vorjahr), ist die Auftrags- und Ertragslage der fünf großen Baugesellschaften glänzend.

Ertragslage der Baukonzerne

	1977		1978		1979		1980	
	1. Hj.	2. Hj.						
Holzmann	4,5	5,1	6,6	6,0				
Hochtief	4,2	3,9	3,3	5,9				
Strabag	3,5	1,4	2,1	1,7				
Bilfinger und Berger	4,1	2,9	2,2	3,5				
Dyckerhoff und Widmann	3,1	1,5	1,3	1,3				
	1977		1978		1979		1980	
	1. Hj.	2. Hj.						

¹ Am Industrieumsatz
(Quelle: FAZ v. 5. 9. 81)

Für 1981 werden durchweg noch bessere Ergebnisse erwartet, Holzmann rechnet z.B. mit dem besten Jahresabschluß der Firmengeschichte. Die außergewöhnlich günstige Gewinnlage der Großunternehmen der Bauwirtschaft, die zusammen etwa 7,5 Prozent der gesamten Bauleistung erbringen, ist einmal auf die bedeutende Rolle des Auslandsbaus zurückzuführen: 90 Prozent aller Auslandsaufträge werden von den fünf Bauriesen gehalten, der Rest von 10 Prozent entfällt auf 40 kleinere Firmen. Die Masse der Bauunternehmen ist am Auslandsbau überhaupt nicht beteiligt.

Zum anderen entwickeln sich die großen Bauunternehmen immer mehr zu finanzkapitalistischen Gebilden: Die über 100 Prozent lie-

gende Selbstfinanzierungsquote läßt schon erkennen, daß die Erträge höher sind als die Investitionen, daß also Spielraum für Finanzgeschäfte besteht. Zudem erhalten die Bauunternehmen von ihren Kunden oft hohe Vorauszahlungen, mit denen sie an die Geld- und Kapitalmärkte gehen. Hochtief z.B. hatte schon 1980 Zinserträge von über 80 Millionen, Holzmann sogar mehr als 90 Millionen. Die beiden Baukonzerne verdienten aus Geldgeschäften 1980 zusammen schon mehr als die Frankfurter BHF-Bank, immerhin eines der größeren Bankinstitute. Für das laufende Jahr werden noch höhere Zinserträge erwartet. Es ergibt sich hier das paradoxe Bild, daß die Hochzinspolitik, die die Baukonjunktur abwürgt und eine der wichtigsten Ursachen der zahlreichen Baupleiten ist, den großen Baukonzernen zusätzliche Zinserträge in die Kassen spült.

Selbst wenn man an einen Zusammenhang Gewinne = Investitionen glaubt, ist klar, daß eine generelle Anhebung der Gewinne nicht das richtige Instrument einer Investitionsförderungspolitik sein kann. Sicher würde auch bei einer Verdoppelung der Erträge von den Großkonzernen der Bauwirtschaft keine einzige Maschine mehr gekauft werden, es würde im Gegenteil Nachfrage in spekulativen Verwendungsarten umgelenkt werden. Eine Wirtschaftspolitik, die den Tatbestand der monopolistischen Differenzierung von Gewinnen und Geschäftspolitik übersieht, muß so auf jeden Fall am Kern der wirtschaftlichen Probleme vorbeigehen.

2.2 Konzentration

Die Großunternehmen konnten nach den bisher verfügbaren Unterlagen die Krise zur Verbesserung ihrer Position nutzen. Einen Überblick gibt die jährlich erscheinende Übersicht „Die hundert größten Unternehmen“ von Jeske (früher: Max Kruk) in der „Frankfurter Allgemeinen“.

Die Übersicht für 1980 macht deutlich, daß die hundert größten Industrieunternehmen auch im Jahr der beginnenden Krise ihren Umsatz mit 10,7 Prozent erneut stärker erhöhen konnten als der Gesamtumsatz, der um 8,2 Prozent wuchs (1979: 14,0 und 10,5). Die zehn größten Industriekonzerne steigerten den Umsatz sogar um 11,4 Prozent.

Die 10 größten Industriekonzerne 1980

	Umsatz Mrd. DM	Anteil in %¹	Beschäftigte in 1000

<tbl_r cells="4" ix="4" maxcspan="

wurden 7361 Unternehmenszusammenbrüche und Insolvenzen registriert, 24 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Im August allein waren es 950, 30 Prozent mehr als im August 1980. Ein interessantes Licht auf die Verhältnisse der mittelständischen Wirtschaft wirft die Statistik der Wirtschaftsauskunftei „Schimmelpfeng“ über die „Zahlungsmoral“ der Wirtschaft. Demnach zahlten im dritten Vierteljahr 1981 nur noch 62,9 Prozent der Unternehmen ihre Rechnungen vereinbarungsgemäß. Im zweiten Quartal 1979 waren es noch 71,8 Prozent gewesen. In der Bauwirtschaft hielten gar nur noch 44,2 Prozent die vereinbarten Zahlungsziele ein. Von den säumigen Zahlern war jedes dreizehnte Unternehmen völlig zahlungsunfähig oder zahlte erst nach gerichtlicher Aufforderung.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die tariflichen Arbeitseinkommen liegen zur Zeit noch um etwa fünf Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Die Entwicklung hat sich damit gegenüber 1980 deutlich verlangsamt.

Reallohnentwicklung¹

	1980	1. Hj.	1981 ²	2. Hj. ²
Brutto- und -gehaltssumme	+7,9	+4,9	+4,0	
Netto- und -gehaltssumme	+6,4	+4,3	+3,0	
Tarifeinkommen	+6,7	+6,0	+5,0	
Netto- und -gehaltssumme je Beschäftigten	+5,0	+4,7	+4,0	
Verbraucherpreise	+5,5	+5,6	+6,3	
Reallöhne	-0,5	-0,9	-2,3	

¹ In Prozent ² Schätzung des „Herbstgutachtens“ bzw. eigene Schätzungen
(Quelle: DIW-Wochenbericht 43-44/81, S. 507)

Durch Abbau von Überstunden, durch Kurzarbeit und durch Kürzung übertariflicher Lohnbestandteile wurde der Zuwachs der effektiven Arbeitseinkommen noch unter den Zuwachs der Tarifeinkommen gedrückt. Die „Lohndrift“ ist seit dem vierten Quartal 1980 negativ.

Lohndrift 1980/81¹

	1980		1981	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Tariflöhne	+4,2	+6,6	+7,5	+7,5
Effektivlöhne	+9,2	+7,1	+7,6	+5,4
Lohndrift	+5,0	+0,5	+0,1	-2,1

¹ Wochenlöhne der Arbeiter, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: DIW-Wochenbericht 42/81, S. 484)

Die kommende Lohnrunde wird von Unternehmerseite bereits seit Monaten ideologisch vorbereitet. Ein wichtiger Bestandteil der Kampagne für die Propagierung niedriger Tarifabschlüsse sind dabei die „Sparbeschlüsse“ der Bundesregierung. Sie hat mit der dreimonatigen „Lohnpause“ und der beabsichtigten einprozentigen Lohnkürzung im öffentlichen Dienst wichtige Orientierungsmarken gesetzt: Über die geforderten realen Lohnkürzungen hinaus wird nun auch die Möglichkeit nominaler Verschlechterungen in die Debatte gebracht.

Tatsächlich ist schon im laufenden Jahr ein deutlicher Rückgang der realen Arbeitseinkommen erfolgt. 1981 wird real weniger verdient werden als 1978, obwohl die Arbeitsproduktivität deutlich höher liegt.

Arbeitsproduktivität und Reallöhne¹

	1978	1979	1980	1981 ²
Arbeitsproduktivität ³	+2,5	+3,1	+1,0	0,0
Reallöhne	+3,6	+1,7	-0,5	-2,0

¹ Veränderung in Prozent

² Schätzung

³ Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/81, S. 622; Reallöhne wie oben)

Für 1982 erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute einen Anstieg der Arbeitsproduktivität um etwa 2 Prozent, schlagen aber Lohnhöhungen vor, die selbst bei der von ihr zweckoptimistisch niedrig angenommenen Inflationsrate von 4,5 Prozent einen weiteren Rückgang der Realeinkommen um ein halbes Prozent mit sich bringen würden.

Die bevorstehende Tarifrunde wird für die Arbeiter und Angestellten schon jetzt mit staatlich gesetzten Fakten vorbelastet.

- Die Steuerprogression bei der Lohnsteuer verschärft sich weiter.
- Die „Sparbeschlüsse“ beinhalten nach dem neuesten Stand eine kräftige Erhöhung der Sozialabgaben.
- Die beschlossenen Verbrauchssteuererhöhungen (Tabak, Alkohol) und die Heraufsetzung der Postgebühren belasten die Verbraucherpreise allein mit 0,6 Prozent.

Allein um die Auswirkungen von Steuerprogression und der Erhöhung der Beiträge zu den Sozialversicherungen (Bundesanstalt für Arbeit und Krankenversicherungen) auf die Nettolöhne aufzufangen, wäre eine Bruttolohnerhöhung um 1,5 Prozent notwendig. Die Inflationsrate liegt gegenwärtig über 6,5 Prozent, angesichts massiver bevorstehender Gebührenerhöhungen vor allem bei öffentlichen Leistungen ist eine wesentliche Verlangsamung der Preisentwicklung für das kommende Jahr nicht zu erwarten. Rein rechnerisch wäre also eine durchschnittliche Erhöhung der Bruttoarbeitsinkommen um etwa 8 Prozent notwendig, soll 1982 ein erneuter Rückgang der Realeinkommen verhindert werden.

3.2 Steuern

Die Lohnsteuerprogression wurde erwartungsgemäß auch durch die im vergangenen Jahr beschlossene Reform der Steuertarife nicht gestoppt. Die Lohnsteuereinnahmen stiegen wieder etwas stärker als die Summe der Löhne und Gehälter. Diese Steuerart finanziert inzwischen fast ein Drittel der öffentlichen Haushalte.

Steuern

	Insgesamt Mrd. DM	% ¹	Lohnsteuer Mrd. DM	%	Umsatzsteuern Mrd. DM	%	Gewinnsteuern ² Mrd. DM	%
1975	242	+ 4,2	71	– 1,1	54	+ 5,7	44	– 4,6
1976	268	+10,7	81	+14,1	58	+ 7,4	53	+20,2
1977	299	+ 7,8	91	+12,3	63	+ 8,6	65	+23,4
1978	319	+ 6,7	92	+ 1,3	73	+15,9	64	– 1,6
1979	343	+ 7,5	97	+ 5,4	84	+12,3	64	+ 0,2
1980	365	+ 6,1	112	+15,0	93	+10,7	63	– 2,6
1. Hj. 1981	174	+ 1,3	51	+ 4,3	49	+ 6,5	30	– 6,2

¹ Veränderung in Prozent

² Steuern und Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.; Wirtschaft und Statistik, 1/81, S. 632)

Die Lohnsteuereinnahmen lagen in den ersten drei Quartalen von 1981 schon um 5 Prozent über dem Vorjahresstand, während die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer zurückgehen. Für 1982 wird der Anstieg der Lohnsteuereinnahmen wieder auf 9 Prozent geschätzt.

Ein besonderes Moment der Ungleichheit zwischen Lohn- und Gewinnsteuern ist mit der Möglichkeit von Steuerhinterziehung und der Existenz von Steuerrückständen verbunden.

Während die Arbeiter und Angestellten oft zuviel Steuern zahlen und auch die Möglichkeit des Lohnsteuerjahresausgleichs nicht immer nutzen, steigen die Steuerrückstände der Unternehmen und Selbständigen. Zwischen 1979 und 1980 stiegen die offiziell bekannten Steuerrückstände von 11,8 auf 13,4 Milliarden DM.

Nach Aussage der Deutschen Steuer-Gewerkschaft gehen der öffentlichen Hand wegen der personellen Unterausstattung der Steuerprüfung jährlich etwa 10 Milliarden DM verloren. So könnten durch intensive Fahndungsmaßnahmen bei den Unternehmen die aktuellen Haushaltlöcher zu einem erheblichen Teil gestopft werden – ohne

Kürzung bei den Sozialleistungen. Auch der Hinweis auf die Personalkosten zusätzlicher Steuerprüfer ist verfehlt: Im Durchschnitt „erwirtschaftet“ ein Steuerprüfer zur Zeit 600 000 DM an hinterzogenen Steuern.

Die Zurückhaltung der Finanzbehörden bei der Steuerprüfung von Unternehmen zeigt, daß offensichtlich auch illegale Steuerhinterziehung als Mittel der „Wirtschaftsförderung“ staatlich akzeptiert wird.

3.3 Sozialabbau

Kaum waren die Auseinandersetzungen um den Bundeshaushalt 1982 mit der zweiten Runde der „Operation '82“ beendet, da wurde bekannt, daß ein erneutes „Haushaltsloch“ in Höhe von etwa 8 Milliarden DM entstanden sei.

Dies kam allerdings kaum überraschend. Schon bei den Haushaltsberatungen im Sommer war klar gewesen, daß die Bundesregierung die Wirtschaftsentwicklung zu optimistisch einschätzt. Im Herbst mußte daher davon ausgegangen werden, daß die Steuereinnahmen niedriger, die Zahlungen an Arbeitslose aber höher ausfallen würden als einkalkuliert.

Neue Ausgabenkürzungen wurden beschlossen, wobei wiederum die Bundesanstalt für Arbeit im Mittelpunkt der neuen „Sparbeschlüsse“ stand. Durch Veränderung in den Berechnungsmethoden soll die Arbeitslosenunterstützung gedrückt werden.

In diesem Zusammenhang ist von Seiten der Unternehmer und der Bundesregierung immer wieder behauptet worden, Arbeitslose würden sich infolge der Möglichkeit zum Lohnsteuerjahresausgleich finanziell teilweise besser stehen als ganzjährig Beschäftigte. In einer aufschlußreichen Modellrechnung hat das Westberliner „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) dagegen nachgewiesen, daß die meisten Arbeitslosen schon nach der bisherigen Regelung weniger als den gesetzlich zugesicherten Anteil von 68 Prozent des Nettoeinkommens erhalten.

Einkommenseinbußen bei Arbeitslosigkeit¹

	2 Monate arbeitslos			12 Monate arbeitslos		
	I ²	III	IV/IV ³	I	III	IV/IV ³
Brutto- einkommen	30 400	30 400	30 600	30 400	30 400	30 600
Netto- einkommen	20 200	22 100	22 400	20 200	22 100	22 400
Einbuße	1 800	2 100	1 300	7 300	8 000	3 900
	(1 100) ⁴	(1 200)	(1 200)	(6 500)	(7 100)	(7 200)
In % des Nettoeink.	8,9	9,7	5,6	36,1	36,4	17,4
	(5,3)	(5,3)	(5,3)	(32,0)	(32,0)	(32,0)

¹ In DM, Jahreseinkommen

² Steuerklassen

³ „Doppelverdiener“ bei Arbeitslosigkeit des „Hauptverdiener“

⁴ In Klammern: Einkommenseinbußen bei voller Geltung der 68-Prozent-Regelung

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 45/81, S. 514/15)

Die meisten Einkommensbezieher stehen sich bei Arbeitslosigkeit also tatsächlich schlechter, als es die 68-Prozent-Regelung erwarten ließe. Die Einkommenseinbußen fallen teilweise erheblich höher aus. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß schon jetzt bestimmte Einmalzahlungen wie Urlaubsgeld oder Jahresabschlußzahlungen bei der Berechnung des Arbeitslosengelds in der Regel (d. h., wenn sie nicht in der Dreimonatsfrist vor Beginn der Arbeitslosigkeit gezahlt wurden) nicht berücksichtigt werden. Außerdem wird nicht berücksichtigt, daß die meisten Arbeiter und Angestellten zuviel Steuern zahlen, die sie erst beim Lohnsteuerjahresausgleich erstattet bekommen. Berechnungsgrundlage des Arbeitslosengelds ist das tatsächlich niedrigere laufende Nettoeinkommen.

Nur bei längerfristiger Arbeitslosigkeit von „Doppelverdienern“ mit einer bestimmten Einkommensrelation der Eheleute tritt als Folge der durch Arbeitslosigkeit abgeschwächten Steuerprogression eine geringere finanzielle Belastung ein, als es nach der 68-Prozent-Regelung zu erwarten wäre. Dabei muß berücksichtigt werden, daß sich dies für

die Betroffenen erst mit zeitlicher Verzögerung, also im Lohnsteuerjahresausgleich, bemerkbar macht. Fälle, in denen eine kurzfristige Arbeitslosigkeit zu einer absoluten finanziellen Besserstellung führt, konnten vom DIW nicht ermittelt werden. Dies ist nur bei kurzfristiger Arbeitslosigkeit und bei sehr hohen Einkommen überhaupt denkbar, stellt aber selbst dann eine seltene Ausnahme dar.

Festzuhalten bleibt, daß schon nach der bisherigen Berechnungspraxis die 68-Prozent-Regel in der überwiegenden Zahl der Fälle unterschritten wird. Die Kürzungsmaßnahmen im Bereich der Bundes

Lebenshaltungsindex 1980¹

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Vorjahresmonat
Januar	+0,8	+5,8
Februar	+0,7	+5,5
März	+0,7	+5,5
April	+0,7	+5,6
Mai	+0,4	+5,6
Juni	+0,5	+5,5
Juli	+0,4	+5,8
August	+0,3	+6,0
September	+0,5	+6,5
Oktober	+0,4	+6,7

¹ Alle Haushalte
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

senken sollten. Denn nun werden die staatlich administrierten Presse in großen Schritten heraufgesetzt: Strom, Fernwärme, Bundesbahn und Bundespost, die Tarife der Nahverkehrsunternehmen und die kommunalen Gebühren wurden schon im Herbst „angepaßt“ bzw. sollen mit Jahresbeginn 1982 erhöht werden. Hinzu kommen in der ersten Jahreshälfte 1982 die Auswirkungen der erhöhten Verbrauchsteuern für Tabak und Alkohol.

Weiterhin muß beachtet werden, daß die Nahrungsmittelpreise nach einer Periode der relativen Preisstabilität kräftig ansteigen. Der Nahrungsmittelpreisindex erhöhte sich zwischen 1975 und 1980 nur um knapp 10 Prozent (Lebenshaltung insgesamt: 34 Prozent). Allein im Jahre 1981 werden die Nahrungsmittel um etwa sechs Prozent teurer werden, bei einer Tendenz zur Beschleunigung des Preisanstiegs.

Lebensmittelpreise im Oktober

Rindfleisch	+ 5,5
Salami	+ 6,4
Seelachs	+10,1
Brathähnchen	+ 7,5
Eier	+10,6
Brot	+ 6,6
Kartoffeln	+40,7
Apfel	+ 9,4

(Quelle: FAZ v. 6. 11. 81)

Die Preisprognosen, die für 1982 einen Rückfall der Inflationsrate von gegenwärtig 6,7 Prozent auf 4,5 Prozent verkünden, entbehren daher jeder Grundlage. Sie sollen den Gewerkschaften vielmehr niedrige Tarifabschlüsse tragbar erscheinen lassen. Nachdem der Dollar-Kurs argumentativ nichts mehr hergibt, darf man gespannt sein, wie die Preispropheten ihre neue Fehlprognose im nächsten Jahr erklären werden.

3.5 Tarifaktionen

In den ersten vier Monaten des Jahres 1982 stehen Tarifkündigungen an, von denen rund 15 Millionen Arbeiter und Angestellte, d. h. knapp 70 Prozent aller abhängig Beschäftigten (rund 22 Millionen), betroffen sind. In einigen kleineren Bereichen hat die Tarifrunde 1981/82 bereits im zweiten Halbjahr 1981 begonnen. Die Kündigungstermine in den großen Tarifbereichen konzentrieren sich jedoch auf das erste Quartal 1982, darunter für die rund drei Millionen Beschäftigten der Metallindustrie Ende Januar und die insgesamt 2,5 Millionen Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, bei Bundespost und Bundesbahn Ende Februar.

Betrachtet man die Vorbereitung dieser Tarifrunde, so kann sicherlich ohne Übertreibung eine der härtesten Auseinandersetzungen der letzten Jahre erwartet werden, bei denen es das erklärte Ziel des Staates und der Kapitalverbände ist, den Reallohnabbau von 1980 und 1981 fortzusetzen. Die Spitze der Angriffe richtet sich mit Forderungen nach Lohnpause und einprozentigen Kürzungen am Einkommen insbesondere auf den öffentlichen Dienst. In der Metallindustrie hat der Unternehmerverband „Gesamtmetall“ nach den Erfahrungen der letzten Tarifrunde („neue Beweglichkeit“) eine Zentralisierung der Entscheidungsstrukturen beschlossen, die ein Nachgeben einzelner Landesverbände verhindern soll.

Begleitet wird diese insgesamt härtere Gangart durch einen massiven staatlichen Sozialabbau. Dieser staatliche Sozialabbau hat nicht nur negative Folgen für den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung, er verschlechtert insgesamt die Ausgangsbedingungen für die Tarifrunde. Der gewerkschaftliche Widerstand gegen diese Politik steckt erst in den Anfängen. Die Deutsche Postgewerkschaft konnte nach einer Serie von Aktionen 6000 neue Stellen durchsetzen und damit den staatlichen Stellenstopp durchbrechen. Die bisher breiteste Mobilisierung gegen den Sozialabbau erreichten IG Metal und DGB in Baden-Württemberg. Am 7. November demonstrierten in Stuttgart 70 000 Gewerkschafter. Kleinere Kundgebungen fanden im Laufe des Novembers in Frankfurt, Offenbach und anderen Orten statt.

Der ÖTV-Vorsitzende Klincker kündigte angesichts der Pläne zum Einkommensabbau im öffentlichen Dienst Arbeitskampfmaßnahmen an. Die Konflikte zwischen den Gewerkschaften und der SPD-geführten Bundesregierung haben damit eine in den letzten Jahren unbekannte Schärfe erreicht. Die aufgereigten Reaktionen der bürgerlichen Presse zeigen die politische Brisanz dieser Entwicklung. So resümiert die FAZ (11. 11. 1981): „Eine Welle von Demonstrationen und verbalen Schlachten zieht über das Land.“ Mit dem Widerstand gegen die „Sparbeschlüsse“ würden sich nach Meinung der FAZ die Gewerkschaften „in die Rolle einer Überpartei (begeben), die Regierung und legitimen Parteien vorschreibt, was sie zu denken und zu tun haben“. Damit seien sie – so die Drohung – „ein Instrument zur Zerstörung der Demokratie“.

Die Verhinderung einer weiteren Verschlechterung des Lebensstandards wird allerdings eine noch bedeutend größere gewerkschaftliche Mobilisierung erfordern. Die Tarifvereinbarungen der letzten Monate zeigen, daß das Abschlußniveau bisher noch unter 5 Prozent und damit erheblich unterhalb der Inflationsrate liegt (vgl. Tabelle).

Tarifabschlüsse Sept./Okt./Nov.

Gewerkschaft	Tarifbereich (Betroffene)	Abschluß	Inhalt
IG Chemie- Papier- Keramik	Papierzeugende Industrie (18 400)	Sept.	4,9 %
HBV	Einzelhandel in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Berlin (650 000)	Aug./Sept.	4,9 % und stär- kere Anhebung unterer Gruppen
HBV/NGG	coop-Unternehmen Niedersachsen, Hessen, Berlin (12 200)	Sept.	4,9 % bzw. 5,1 %
HBV	Brennstoffhandel Hessen (8 200)	Sept.	4,7 %
IG BE/ IG CPK	Mineralölgesell- schaften (23 800)	Okt.	5,0 %
IG CPK	Hohlglaszeugung (13 100)	Sept.	4,9 %
Gew. Leder	Schuhindustrie (53 000)	Nov.	4,2 %

(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen)

Das durch die „Sparbeschlüsse“ der Bundesregierung insgesamt verstärkte Klima eines allgemeinen Sozialabbaus wird von zahlreichen Unternehmen genutzt, um auf vielfältige Weise bisherige Leistungen aufzukündigen. So wechselt z. B. der Duden-Verlag in Mannheim den Unternehmerverband, um von dem Geltungsbereich eines gut organisierten Tarifbezirks in den noch gewerkschaftlich schwachen Bereich des Großhandels überzutreten und damit das bisher fixierte Einkommens- und Sozialleistungsniveau zu senken. Gegen diese Absicht traten ab dem 6. November die 270 Beschäftigten in den Streik mit dem Ziel, den bisherigen Sozialstandard in einem Haustarif abzusichern.

Ein weiteres Konfliktfeld bilden die andauernden Massenentlassungen und Stillegungen, gegen die in mehreren Betrieben mit unterschiedlichen und zum Teil neuen Aktionsformen gekämpft wurde. Ein größeres

öffentliches Echo erlangte der Widerstand gegen die Stillegungspläne von VDM und Adler-Triumph in Frankfurt. Während bei Adler eine Totalstillegung des Frankfurter Werkes verhindert wurde, konzentrierte sich der Kampf der VDM-Begleitgesellschaft in der letzten Phase auf die inhaltliche Ausfüllung eines Sozialplanes.

Die Aktionsformen in dieser Auseinandersetzung waren sehr vielfältig: Neben zahlreichen betrieblichen Demonstrationen, Aktionen im Stadtteil, der Gründung einer Bürgerinitiative, einem Solidaritätsfest war unter anderem die Kundgebung des DGB in Frankfurt mit 10 000 Teilnehmern einer ersten Höhepunkt in der Unterstützung der Belegschaften von VDM und Adler. Nach einer ersten Torbesetzung bei VDM am 14. September besetzte am 26. Oktober die Belegschaft alle Werkstore im Anschluß an eine Betriebsversammlung, auf der ein unzureichender Sozialplanvorschlag bekannt gegeben worden war. Die Besetzung des Werkes dauerte eine Woche bis zum 2. November und erreichte eine große Publizität und Unterstützung. Nach Aushandlung eines verbesserten Sozialplanes wurde die Besetzung aufgehoben.

Über solche einzelnen betrieblichen und zum Teil auch regionalen Aktionen hinaus erreichte die gewerkschaftliche Bewegung gegen die Arbeitsplatzvernichtung in diesem Zeitraum keine größere Dimension.

3.6 Arbeitsmarkt

In den letzten Monaten ist die Beschäftigung weiter gesunken. Im dritten Vierteljahr war sie bereits um mehr als 200 000 abhängig Beschäftigte niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Beschäftigung¹

	Gesamt- wirtschaft	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel, Verkehr, Dienstleistungen
1. Vj. 1980	22 081	8 723	1 560	11 087
2. Vj. 1980	22 133	8 745	1 554	11 123
3. Vj. 1980	22 148	8 730	1 550	11 151
4. Vj. 1980	22 132	8 685	1 547	11 181
1. Vj. 1981	22 074	8 631	1 529	11 195
2. Vj. 1981	21 997	8 574	1 494	11 209
3. Vj. 1981	21 930	—	—	—

1 In 1000, saisonbereinigte Angaben
(Quelle: DIW-Wochenbericht 42/81, S. 483)

Der Beschäftigungseinbruch im produzierenden Bereich wird auch nicht annähernd durch die immer langsamere Expansion im Dienstleistungsbereich kompensiert.

Im Laufe der siebziger Jahre ist die Beschäftigung tendenziell gesunken, trotz des konjunkturell bedingten Beschäftigungsanstiegs der Jahre 1977 bis 1980 konnte der Höhepunkt der Jahre 1971 bis 1973 nicht wieder erreicht werden. 1980 war die Zahl der abhängig Beschäftigten etwa 300 000 niedriger als 1973.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum um etwa 600 000 (registrierte Arbeitslosigkeit) war zu gleichen Teilen durch rückläufige Beschäftigung und durch und durch steigende Erwerbstätigenzahlen bedingt.

Für die achtziger Jahre stellt sich dieses Verhältnis anders dar. Der Druck steigender Erwerbspersonenzahlen (Lohnabhängige und Selbstständige) auf den Arbeitsmarkt wird bis 1988 zunehmen, von 27,4 Millionen im laufenden Jahr auf 28,2 Millionen im Jahre 1988. Selbst wenn die Beschäftigung in den achtziger Jahren nicht weiter zurückgeht, wird die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum also weiter ansteigen. Erst nach dem Jahre 1990 wird die Nachfrage nach Arbeitsplätzen etwas zurückgehen. Wenn solche langfristigen Prognoserechnungen – die vorliegende stammt vom Westberliner DIW – auch immer mit großen Unsicherheiten belastet sind, so wird doch deutlich, daß in den achtziger Jahren unter keinen Umständen – selbst bei einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums gegenüber den siebziger Jahren – mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit gerechnet werden kann. So bleibt völlig ratselhaft, wie sich vor diesem Hintergrund durch die „Selbsttätigkeit des Marktes“ eine auch nur annähernde Vollbeschäftigung wiederherstellen lassen kann. Es ist unübersehbar, daß nur durch gezielte

beschäftigungspolitische Maßnahmen eine Dauerarbeitslosigkeit von mindestens zwei Millionen im kommenden Jahrzehnt verhindert werden kann. Im Mittelpunkt müßten dabei deutliche Arbeitszeitverkürzungen stehen. Schon jetzt fehlen mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze: Zu den 1,3 Millionen registrierter Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1981 ist eine „stille Reserve“ zu zählen, die vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zur Zeit – 1981 – auf 840 000 Erwerbspersonen geschätzt wird.

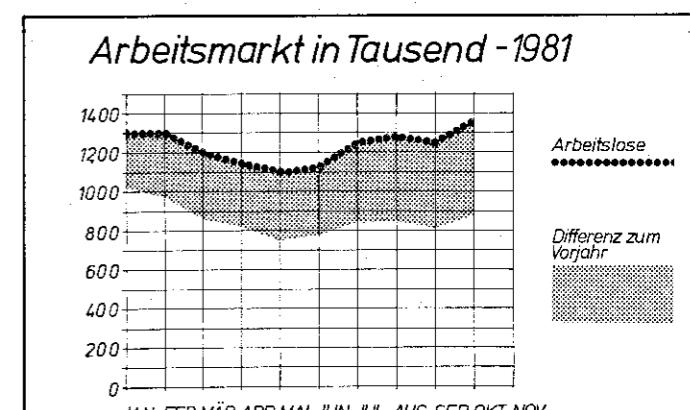
Für 1982 wird gegenwärtig ein Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit auf 1,6 Millionen erwartet, die „stille Reserve“ wird sich nach der Prognose des „Herbstgutachtens“ auf fast eine Million erhöhen. Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff kündigte an, daß die registrierte Arbeitslosigkeit in einigen saisonal ungünstigen Monaten des kommenden Jahres die Zweimillionenmarke erreichen könnte – eine Entwicklung, die die Bundesregierung aber offensichtlich nicht für besorgniserregend hält. Trotz des wachsenden Drucks in Gewerkschaften und selbst in der SPD-Bundestagsfraktion besteht offensichtlich keinerlei Bereitschaft innerhalb der Regierung, in irgendeiner positiven Weise beschäftigungspolitisch tätig zu werden.

Die monatlichen Arbeitslosenzahlen bringen immer neue, negative Rekorde. Die letzten wiederum höher als erwartet ausgefallenen Ziffern haben die Prognose des „Herbstgutachtens“, die von 1,25 Millionen registrierter Arbeitsloser im Jahresdurchschnitt 1981 ausgegangen war, erneut überholt. Inzwischen muß mit 1,3 Millionen gerechnet werden. Dies ist auch deshalb bedeutsam, weil bei durchschnittlichen fiskalischen Kosten eines Arbeitslosen in Höhe von 25 000 DM im Jahr schon 50 000 Arbeitslose mehr ein neues Loch von 1,25 Milliarden DM in den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit reißen werden.

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose (1)	Kurzarbeiter (2)	Offene Stellen (1)	Offene Stellen (2)
Januar	1309	+272	402	+304
Februar	1300	+307	374	+272
März	1210	+334	405	+311
April	1146	+321	360	+268
Mai	1110	+343	340	+248
Juni	1126	+345	317	+231
Juli	1246	+393	221	+136
August	1289	+424	167	+124
September	1256	+434	268	+130
Oktober	1366	+478	367	+178

1 In 1000 Personen 2 Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)



In saisonbereinigter Betrachtung lagen die Arbeitslosenzahlen im Oktober schon nahe bei 1,5 Millionen. Es ist daher davon auszugehen, daß in den Wintermonaten 1981/82 die registrierten Ziffern auf mehr als 1,8 Millionen steigen werden.

Einen gewissen „Trost“ bezieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß in den meisten anderen kap

sind mehr als 10 Prozent der Arbeiter und Angestellten ohne Arbeit. Es ist allerdings absehbar, daß sich die Arbeitslosigkeit auch in der Bundesrepublik immer mehr dem internationalen kapitalistischen „Standard“ anpaßt, der Anstieg der Arbeitslosigkeit vollzieht sich in der Bundesrepublik gegenwärtig rascher als in den meisten anderen kapitalistischen Ländern.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickhaus, 6000 Frankfurt am Main
Der Abschnitt 1.3 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 13. 11. 1981. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatzeitschrift NACHRICHTEN als Beilage; Abonnementspreis von 36,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierjährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

IMSF-Beiträge 6

Zwei Teile (6/I und 6/II)

Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik

Theorie · Diskussion · Empirische Analyse

IMSF-Beiträge 6/I

Erscheinungstermin IV. Quartal 1981

Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik

Staatsdiskussion und Staatstheorie

Die Hauptabschnitte:

1. Zur Entwicklung der Staatsauffassung bei den marxistischen Klassikern
2. Kritik von am Marxismus orientierten Staatskonzeptionen
3. Kritik bürgerlicher und reformistischer Staatsvorstellungen
4. Aspekte der Analyse des Staates und des politischen Herrschaftsmechanismus im SMK
5. Aktuelle Entwicklungsprobleme
6. Der BRD-Staat im Massenbewußtsein

Beiträge von: Dr. H.-J. Axt, Dr. Ch. Butterwegge, Prof. Dr. F. Deppe, M. Eihsen/A. Gottschalk, Dr. J. H. v. Heiseler, Prof. Dr. J. Huffschild, Dr. H. Jung, U. Kypke, Prof. Dr. J. Schleifstein, C. Skrobanek, Dr. A. Sörgel, Dr. H. Werner u. a.

Redaktion: Dr. Heinz Jung, Prof. Dr. Josef Schleifstein

Etwa 400 Seiten, DM 30,-

Als Beilage der Graphikzyklus „Staat und Revolution“ von Carlo Schellemann

IMSF-Beiträge 6/II

Erscheinungstermin I. Quartal 1982

Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik

Empirische Analysen · Fakten

Die Hauptabschnitte: Ökonomische Grundlagen und Finanzstruktur • Der Staatsapparat • Zur inneren Struktur und Gliederung des Staates der BRD • Der Staat im Reproduktionsprozeß des SMK • Einzelaspekte der empirischen Analyse • Staat und Arbeiterbewegung

Mitarbeit von: M. Ellwardt, K. Herkenroth, Dr. H. Jung, H. Mestars, A. Schulte, C. Skrobanek, Dr. A. Sörgel u. a.

Redaktion: Dr. Heinz Jung

Etwa 300-400 Seiten, ca. DM 30,-

Bezug über den Buchhandel oder direkt vom IMSF.

Gesamtpreis bei Abnahme beider Bände DM 50,-.

IMSF

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1